



Akkreditierung durch die IPPF – der pro familia Bundesverband auf dem Prüfstand

Alle fünf Jahre überprüft die International Planned Parenthood Federation (IPPF) bei ihren Mitgliedsorganisationen, wie diese die Kriterien einer guten Verbandsführung, Zukunftsgestaltung, Qualität und Nachhaltigkeit der Dienstleistungen umsetzen und praktizieren. Zuletzt hatte pro familia diesen Prozess 2014 erfolgreich abgeschlossen. 2019 musste sich der pro familia Bundesverband erneut dieser arbeitsintensiven Aufgabe stellen.

Die IPPF erwartet von Ihren Mitgliedsorganisationen, aktiver Teil des internationalen Netzwerks für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte zu sein (siehe „Strategic Plan“ der IPPF). Dafür hat der Zentralrat der IPPF zehn Prinzipien für die Mitgliedschaft definiert, die in Übereinstimmung mit den „Standards und Verantwortlichkeiten der Mitgliedschaft“ zu erfüllen sind. Die Zielsetzung ist definiert durch „Geeint durch Grundwerte – mit einer gemeinsamen Vision“ sowie „Nachhaltige Glaubwürdigkeit – als Schlüssel zur Sicherung der Existenz des Dienstleistungsangebots“. Bei aller Vielfalt – die der IPPF zugleich auch ihre Stärke verleiht – verpflichtet sich jede Mitgliedsorganisation auf die Einhaltung qualitativer Standards und die mit der Mitgliedschaft verbundenen Verantwortlichkeiten.

Der erste Schritt des Akkreditierungsprozesses bestand in der Selbstüberprüfung des Verbandshandelns anhand eines „Self-Assessments“, und der Beantwortung von 198 Fragen. Die zuständige Abteilung der IPPF hat die Antworten geprüft und die aus Ihrer Sicht kritischen Punkte sondiert. Vom 8. bis 10. Oktober 2019 war das internationale Akkreditierungsteam der IPPF in der Bundesgeschäftsstelle in Frankfurt am Main. Gemeinsam mit den Mitarbeiter*innen der Bundesgeschäftsstelle und Mitgliedern des Bundesvorstands wurden einzelne Punkte intensiv und kritisch diskutiert. Vorgestellt wurden den Mitarbeiter*innen der IPPF die Ergebnisse der beiden Modellprojekte biko und Fachdialognetz für schwangere geflüchtete Frauen.

Für die Qualität der Dienstleistungen, vor allem im medizinischen Bereich, überprüfte die IPPF, ob und wie die



Das Akkreditierungsteam der IPPF mit Bundesgeschäftsführerin Jutta Güldenpfennig (ganz rechts), Melanie Luke (Gremienentwicklung, hinten) und Malke Litzel (pia – pro familia in action, zweite von rechts)

Standards von IPPF und WHO angewandt werden. Um einen persönlichen Eindruck über die Anwendung der Qualitätsstandards zu gewinnen, besuchte das Akkreditierungsteam die pro familia Beratungsstelle in Frankfurt am Main und das Familienplanungszentrum in Rüsselsheim. Zudem wurden Kooperationspartner von pro familia zu Interviews eingeladen.

Zu den IPPF Kriterien einer guten Verbandsführung („good governance“) gehört eine demokratische Struktur mit verantwortungsvoller Trennung von Haupt- und Ehrenamt bei gleichzeitiger kollegialer Zusammenarbeit in der gemeinsamen Zielsetzung. Als ein Leitthema stellte der Bundesvorstand die Entwicklung einer pro familia Kinderschutzpolitik vor.

Ein für die IPPF relevantes Thema ist die Jugendpartizipation. Bei aller Anerkennung der bisherigen Bemühungen des Bundesverbands für eine aktive Jugendpartizipation fordert die IPPF hier Nachbesserungen. Kritisiert wurde seitens der IPPF, dass die Vorgabe zur Besetzung

Themen

des Bundesvorstands mit einem Vorstandsmitglied unter 25 Jahren aktuell nicht gegeben ist. Diese Vorgabe ist unerlässlich für eine Vollmitgliedschaft in der IPPF. Der Bundesvorstand versucht, bis zur nächsten Bundesdelegiertenversammlung für diese Bedingung eine Lösung zu finden.

Das Akkreditierungsteam empfahl pro familia zudem die Entwicklung eines Risikomanagements. Dieses soll Strategien zur Finanzierung sowie zur Organisation innerhalb der Bundesgeschäftsstelle im Falle von längerfristigen Ausfällen von Geschäftsführung oder anderen Mitarbeiter*innen berücksichtigen.

Der Akkreditierungsprozess bindet durch die intensive monatelange Vorbereitungszeit und personelle Ressourcen. Der Anspruch des Bundesverbands war und ist es, die besten Wege zu finden, um mit den von der Bundesregierung steuerfinanzierten Zuwendungen wirtschaftlich umzugehen. Die IPPF-Akkreditierung misst die Verwaltung des Bundesverbands an internationalen Standards und ist für den Verband auch in diesem Sinne hilfreich.

Die Mitglieder des Bundesvorstands, die Geschäftsführung und nun auch die Leitung der Ausschüsse unterzeichnen jährlich eine Erklärung des Interessenkonflikts, die auf den Empfehlungen der IPPF beruht. Die Zuwendungen, die der pro familia Bundesverband aus Steuergeldern vom Bund erhält, sollen wirtschaftlich verwendet werden. Im Zusammenhang mit der öffentlichen Förderung unterliegt pro familia einem strengen und differenzierten Prüfsystem. Das Bundesverwaltungsamt prüft anhand der Anträge und der Verwendungsnachweise jährlich stichprobenartig die Verwendung der Gelder durch den Bundesverband. Etwa alle zehn Jahre hat der Bundesverband entweder mit einer Vor-Ort-Prüfung des BMFSFJ oder des Bundesrechnungshofs zu rechnen. Die Abführung der Sozialversicherungsbeiträge und die Anerkennung der Gemeinnützigkeit werden etwa alle drei bis vier Jahre durch die Krankenkassen und das Finanzamt geprüft. Die Belege über Ausgaben und Einnahmen werden jedes Jahr durch externe Rechnungsprüfer*innen aus den Landesverbänden eingesehen. Darüber hinaus stellt der Bundesverband über den jährlichen Jahresbericht Transparenz gegenüber der IPPF und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband her.